

Verärgert? Nein, empört!

Zu: Was heißt Kuba-Solidarität?

Neues Deutschland

Vom 10.02.2006

Da beschließt also das Europaparlament Anfang Februar, dass Bedauern auszudrücken, „dass seitens des kubanischen Staates nicht die wichtigen Signale abgegeben wurden, die das Europäische Parlament im Hinblick auf die uneingeschränkte Achtung der Grundfreiheiten und insbesondere der Meinungs- und Versammlungsfreiheit fordert“. Aha, uneingeschränkte Achtung der Grundfreiheiten! Das klingt gut! Sieben Vertreter der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne/Linke stimmten im Plenum der Entschließung zu. „Schließlich“ - nach langen Diskussionen! Man spürt im Nachhinein förmlich den quälenden Prozess ihrer Entscheidungsfindung.

Auch drei Vertreter der Linkspartei.PDS gaben ihr Ja-Wort zum Beschluss. An der Seite von konservativen Menschenrechts-Bestimmern „ersuchen“ sie unter anderem den Rat der Nationalen Regierungen der Union und die EU-Kommission „Druck auf Kuba“ zur Änderung seiner Politik auszuüben. „Druck auf Kuba?“ Mit welchem endlichen Ziel? Hatte ich richtig gelesen? Linke begeben sich in eine Front mit der Bush-Administration und mit reaktionären sozialismusfeindlichen Kräften, um „Druck“ auf das tapfere kubanische Volk, auf seine Führung und seine Souveränität auszuüben? Druck auf eine Alternative, die die Zerstörung und Selbstzerstörung des real existierenden Sozialismus überstanden hat und die weiterhin einen sozialistischen Weg zu leben versucht! Unter größten Schwierigkeiten und Anfeindungen! Druck wird da wohl ausgeübt, um eine demokratisch-menschlich-sozialistische Alternative zu verhindern. Und sei es nur die Möglichkeit einer solchen Alternative.

Die Begründung der drei Linke.PDS-Vertreter für ihre Zustimmung zu der Resolution: die Universalität und Unteilbarkeit der Menschenrechte! Wunderbar lässt sich vom Sockel der Gelehrsamkeit fernab von der

kubanischen Realität über die Einhaltung der Menschenrechte urteilen! Im Rahmen der Solidarität dürfe man sich nicht scheuen, Menschenrechtsverletzungen in Kuba zu kritisieren, wird da argumentiert.

Eine feine ungeteilte Solidarität ist das, wenn man über Einschränkungen der Demokratie in Kuba befindet und nicht gleichzeitig die massive, menschenverachtende Verletzung der Menschenrechte des kubanischen Volkes und Staates durch die USA verurteilt. Wenn nicht gleichzeitig die Aufhebung von Wirtschaftsembargo, die Unterlassung von politischem Boykott und von kultureller Diskriminierung gegenüber Kuba gefordert wird. Wie anders als Doppelmoral soll man das bezeichnen! Recht hat sie, die Sahra Wagenknecht!

Solidarität kennt nur eine Moral! Ich fühle mich mit zahlreichen Freundinnen und Freunden einig, wenn wir - nun schon seit Jahren - versuchen, den kubanischen Menschen zu helfen. Immer wieder spenden und sammeln wir für Projekte in Kuba. Nicht menschenrechtstümelnde Beckmesserei ist unsere Sache, sondern konkrete solidarische Hilfe! Und recht hat sie auch, die Sarah Wagenknecht, wenn sie meint, Diskussionen zur Menschenrechtsproblematik in Kuba müssten der politischen und wirtschaftlichen Realität Rechnung tragen. Und die ist wohl etwas komplizierter und komplexer, als sie sich aus den Sesseln der Europäischen Parlaments sichten lässt!

Dank den zwanzig Fraktionsmitgliedern der Vereinigten Europäischen Linken, die gegen die Resolution votierten!

In diesem Zusammenhang: Ich habe großes Verständnis für Fidel Castro und seine Genossen, wenn sie im Moment nicht allzu-viel Lust verspüren, mit einer Delegation der Linkspartei.PDS zusammenzutreffen und zu diskutieren. Sicher, Helmuth Markov: Unter Freunden sollten auch unterschiedliche Auffassungen möglich und normal sein! Aber: Für die kubanischen Genossen und das kubanische Volk geht es seit langem und noch immer um die Existenz ihres Landes und ihres Staates. Und solche Probleme miteinander zu bereden, dazu bedarf es eines kühlen Kopfes, eines wachen Realitätssinns und eines tiefen nicht teilbaren solidarischen Handelns. Im politischen Alltag an der Basis, aber auch in

den Parlamenten. Da vom Verhalten der linken Abgeordneten erhebliche Signalwirkung ausgeht. Die Verschiebung des Treffens durch die Absage der kubanischen Gastgeber kann der Linkspartei.PDS-Spitze nur nützlich sein: zum Luftholen, Durchatmen und Nachdenken!

Letzte ernst gemeinte Bemerkung: Es könnte ja sein, dass Vertreter der Linkspartei.PDS, die im Europarlament für die EntschlieÙung über Kuba stimmten, in meinem Wahlbezirk bei einer anstehenden Wahl auf der Liste 2 ihrer Partei kandidieren. Ich müsste mir da sehr überlegen, ob sie meine Stimme bekommen würden.

Wie festgehalten: Nicht verärgert, aber empört!

Malte Kerber